

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 5

Artikel: Entspannung im Kontext : Anmerkungen zu einem Aufsatz von J. R. von Salis
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095282>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christian Brügger

Entspannung im Kontext

Anmerkungen zu einem Aufsatz von J. R. von Salis

Worte wie «Frieden» und «Entspannung» können unter anderem eine marxistische und eine bürgerlich-liberale Betonung haben. Die marxistische Betonung liegt theoretisch auf dem Klassencharakter aller Begriffe (was ein ungetrübes Feindbild im «Friedenskampf» gestattet) und praktisch in Ergänzung dazu häufig genug auf dem Nutzwert für die gute Macht, welche die erwünschten Klassentugenden gegenüber den kapitalistischen Mächten verkörpert (zum Beispiel und hierherum zunächst die Sowjetunion). Die bürgerlich-liberale Betonung liegt dagegen tendenziell mehr auf dem Begriff «an sich». So sehr manchmal, dass ich ihren Verfechtern eine etwas marxistischere Fragestellung wünschen möchte: Welcher Friede? Welche Entspannung?

Ein Buch* des Historikers J. R. von Salis, das wegen seiner vielen Tugenden namentlich von der bürgerlichen Presse sehr gelobt worden ist, enthält eine Arbeit, zu der ich einige Anmerkungen beisteuern möchte. Es handelt sich um die Studie «Kalter Krieg und Entspannung zwischen Ost und West», deren einzelne Teile zwischen 1969 und 1971 entstanden sind.

Der Begriff der Entspannung steht heute im unablösbaren Kontext politischer, ideologischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Um so wünschenswerter erscheint zunächst eine gleichgewichtige Behandlung der Thematik, wie sie im vorliegenden Essay sicher als Tugend der Unvoreingenommenheit zutage tritt. Die Frage aber, ob nicht Ungleichgewichte in der Anlage bestehen, sollte deswegen nicht aus der Welt geschafft werden. Und just das ist die Gefahr allzu schöner Ausgewogenheit.

Das begriffliche Feindbild zwischen obligat und obligatorisch

In seiner einleitenden Betrachtung gibt der Autor sozusagen Erläuterungen dazu, wie er seine eigene Aufgabenstellung sieht. Er geht davon aus, dass in politischen Konfrontationen beide Seiten ihre Terminologie schaffen, welche nicht die Wirklichkeit wiedergeben, sondern die jeweilige Vorstellung davon, während umgekehrt die Terminologie der Gegenseite zum vornehmsten als «Propaganda» verstanden und entsprechend negativ gewertet wird. Auf den Ost-West-Gegensatz bezogen, fallen hier Begriffe in Betracht wie «freie Welt», «amerikanischer Imperialismus» usw. (abgesehen von der ausschliesslichen Inanspruchnahme gleichlautender Begriffe wie «Frieden», «Freiheit» usw.). Salis sagt unter anderem:

Eine sorgfältige Analyse wird sich bemühen, zu unterscheiden zwischen der Wirklichkeit an sich und der Vorstellung, die man sich je nach dem nationalen, parteipolitischen oder ideologischen Standort von dieser Wirklichkeit macht... Die Worte werden in der Politik als Waffen gebraucht... Auf beiden Seiten entarten auf diesem Wege die Vorstellungen von der politischen Wirklichkeit und die Wertungen, die man dem eigenen wie dem gegnerischen Standpunkt unterlegt, allerdings in eine blosser Logomachie, in eine Unterordnung des eigenen kritischen Denkens unter Schlagwörter, in die zügellose Herrschaft einer Terminologie, die die Wirklichkeit nicht klärt, sondern verdunkelt.

Die grundsätzliche Vernünftigkeit solcher

Ueberlegungen sei vorgegeben. Nicht gegeben aber ist die implizierte Gleichheit der Ausgangslage, und dabei rede ich noch keineswegs vom Inhalt der Wertungsbegriffe, sondern lediglich von der technischen Voraussetzung ihrer Wirksamkeit. Auf der einen Seite sind sie von absoluter, auf der andern Seite von relativer Gültigkeit. Auf der einen Seite sind sie unanfechtbar, auf der andern Seite anfechtbar. Auf der einen Seite sind sie obligatorisch, auf der andern Seite freiwillig. Auf der einen Seite sind sie institutionalisiert und im organisatorischen Instrumentarium völlig integriert, auf der andern Seite nicht. Das gilt, wie gesagt, völlig unabhängig von der allfälligen Güte der Vorstellungen, die man bei der Anwendung dieser Worte als Waffen gebraucht. Das liegt nun einmal, wie immer man ihn wertet, am Unterschied zwischen einer geschlossenen und einer offenen Gesellschaft.

Die tatsächlichen Unterschiede, die in dieser terminologischen Hinsicht zwischen «Ost» und «West» bestehen, machen die anders gelagerten Voraussetzungen in der Praxis eklatant sichtbar. Im Westen kann nämlich auch das «östliche» Vokabular in der «Politik als Waffe gebraucht» werden und wird es auch. Selbst in den ausgesprochensten Zeiten des Kalten Krieges gab es eine westliche Terminologie in dieser Hemisphäre höchstens als Dominante, und heute ist sie (im Westen selbst!) viel stärker in Gefahr, ohne inhaltliche Prüfung als «Propaganda» abgetan zu werden als die Terminologie des Ostens. So sind es die Massenmedien des Westens, welche den Ausdruck «freie Welt» durch Führungszeichen entwerten. Umgekehrt hat heute die «Logomachie», die Herrschaft der Schlagwörter, im Westen selbst einen immer deutlicheren Ueberhang im Sinne der Schablonen, die Salis dem «Osten» ankreidet.

Ich meine, dass dieser Unterschied in den Voraussetzungen wesentlich ist, wenn man «auf beiden Seiten» den Abbau der politisch eingesparten Terminologie und der vorgewerteten Begriffe fordert, um zur Entspannung zu gelangen. Die Sache liegt in dieser Hinsicht hüben und drüben nicht gleich, und das, ich betone es nochmals, ganz abgesehen von der inhaltlichen Güte dieser oder jener Ordnung. Es gehört zur Unterscheidung «zwischen der Wirklichkeit an sich und der Vorstellung, die man sich von dieser

Wirklichkeit macht», dass man keinen Augenblick lang das Ungleichgewicht vergisst, das diesbezüglich von der Anlage her besteht.

(Schlagseitig ist die Sache noch darüber hinaus im Heilsanspruch der ideologischen Vorzeichen, welche die Konfrontation zwischen Ost und West überlagern. Wer an eine unfehlbare Kirche glaubt, ist dem vorgewerteten Begriff und damit der terminologischen Intoleranz verpflichtet, wer daran nicht glaubt, kann zwar immer noch beliebig vielen Vorurteilen huldigen, aber in seiner Ablehnung des Alleinseligmachungsanspruchs wenigstens vertritt er die Sache der Vorurteilslosigkeit gegenüber dem zwangsläufigen Vorurteil. Nun, das ist in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Thematik; ich wollte sie immerhin wenigstens öffnen.)

Entwicklung vom Kalten Krieg zur Entspannung: Gesamtheitlicher Prozess ...

Das, was ich zu den schliesslich nur einleitenden Worten des Aufsatzes gesagt habe, ist deshalb recht ausführlich geworden, weil mir auch bei der Betrachtung konkreter historischer Vorgänge generell zuviel Gleichgewichtigkeiten postuliert werden, die es nicht sind. Das wäre im einzelnen von Absatz zu Absatz auszumachen: eine unständliche Sache, und häufig geht es dabei um Nuancen. Aber über den Daumen gepeilt: Wenn zum Beispiel der Trend zur Multipolarität als geschichtlicher Vorgang festgestellt wird, der Ost und West gleicherweise heimsucht, so wäre zum Beispiel festzustellen, dass ihm Ost und West keineswegs in gleicher Weise «ausgeliefert» sind. Eine blosser Verzögerung im historischen Ablauf (falls es ihn wirklich so zwangsläufig gibt) auf bloss einer Seite könnte da eine entscheidende Veränderung der bestehenden Kräfteverhältnisse bedeuten, vom unilateralen Aufhalten des historischen Vorgangs ganz zu schweigen.

Und mehr: Das könnte nicht nur so sein, das ist auch so. Besonders, wenn man die Geschichte der letzten fünf/sechs Jahre berücksichtigt.

Salis sieht (ich verkürze und vereinfache natürlich) die Entwicklung vom Kalten Krieg der Stalin-Dulles-Aera zur heutigen Entspannung als einen grosso modo gesamtheitlichen Prozess, in welchem bei allen unterschiedlichen Ausprägungen Osten und Westen parallel laufen. Ebenso gesamtheitlich verläuft im wesentlichen die Auflösung der Blöcke hüben und drüben, ebenso gesamtheitlich der Trend von der bipolaren Welt weg zur multipolaren Welt von heute und erst recht von morgen. Das alles wären bei allen Variationen zur Hauptsache durchgehende Erscheinungen, auf die man geschichtliche Erkenntnis und politisches Verhalten ausrichten könnte.

Und dabei ist das alles bestenfalls die Projektion der Entwicklung, die vom gegebenen Ausgangspunkt bis zum Ende der Chruschtschewschina führte, vielleicht noch ein bis zwei Jahre darüber hinaus, was die laufenden Sichtbarkeiten anging. Schon damals war zwar die Qualität des geschichtlichen Vorganges hüben und drüben nicht die gleiche, aber immerhin gab es Entsprechungen. Die Konfrontation wurde beidseitig abgebaut, die Begierde des Kennenlernens trat an Stelle der gegenseitigen Verschlossenheit (wenn auch der Bau der Berliner Mauer damals die Konsequenzen des sich Um-

* J. R. von Salis: «Geschichte und Politik.» Orell Füssli Verlag, Zürich 1971. (Sammelband mit 17 Beiträgen.) 402 Seiten, Fr. 28.—.

sehens stoppen musste), dem Ueberwinden des McCarthyismus im Westen entsprach ein Tauwetter im Osten (unter dem freilich immer noch unendlich strengere Regeln herrschten als unter dem vorangegangenen McCarthyismus) usw. Die Entspannung war zwar kein Geschäft auf Gleichwertigkeit, aber immerhin auf Gegenseitigkeit.

Ebenso verhielt es sich mit der «Auflösung der Blöcke». Die atlantische Allianz hatte zwar keinen Blockcharakter zu verlieren, aber sie büßte ihre Verbindlichkeit ein, während der Ostblock sich zunächst in die Zentren um Moskau und Peking spaltete und die Sowjetunion in Osteuropa den Satelliten Ellbogenfreiheit zugestand. Eine ganz unilaterale Vorleistung erbrachte sogar die internationale kommunistische Bewegung mit ihrem vielversprechenden Zug zum Polyzentrismus (dem Westen fehlten die entsprechenden Parteien in den sozialistischen Ländern, um das nachzumachen).

In der globalen Politik kamen neue Kräfte auf. Die Dritte Welt formierte sich, der Geist von Bandung schien zukunftsverheißend, und der «Nord-Süd»-Konflikt begann den «Ost-West»-Konflikt zu überlagern. Die Bipolarität ging auf Kosten einer Multipolarität und vielleicht sogar einer Multipolarität zurück.

Gewiss. Aber das war einmal. Seither fließt der Strom der Geschichte hüben und drüben nicht mehr gleich, sondern entgegengesetzt.

Im Westen ist die Entwicklung im angebahnten Sinn weitergegangen: Er hat seine politische Einheit intern und extern, zwischenstaatlich und gesellschaftlich, vollends eingebüßt und löst sich

weiterhin auf. Er ist laufend seiner Einflusszonen verlustig gegangen und ist in seinem europäischen Teil bereits im Begriff, selber sowjetische Einflusszone zu werden. Seine ehemalige Führungsmacht, die USA, hat jahrelang kontinuierlich an Statur eingebüßt und muss heute als nationale Macht lavieren, wo sie früher als Weltmacht auftreten konnte (wobei es ein Glück ist, dass sie das eingesehen hat und den Spielraum jetzt wahrnimmt, der ihr als Land unter andern Ländern zusteht).

... oder ost-westliche Gegenläufigkeit?

Zur gleichen Zeit aber hat die Sowjetunion intern und extern ihren Block gefestigt (sogar Kuba ist seit 1968 sowjetischer Satellit) und versagt ihren Untertanen jegliche Oeffnung nach aussen (und jegliche Emanzipierung bei sich). Die internationale Entspannung ist etwas, was sie nur noch fordert, aber nicht mehr gewährt. Gleichzeitig hat sie ihren Einfluss in präzedenzloser Weise ausgedehnt. Die Dritte Welt hat in der Zwischenzeit deshalb sehr stark an Eigengewicht eingebüßt, weil sie weitgehend unter sowjetischer Protektion steht. Zwischen 1966 und 1971 jedenfalls ist die Rückentwicklung der früheren Bipolarität nicht zugunsten der Multipolarität verlaufen, sondern zugunsten eines sowjetischen Monozentrismus.

Gewiss, die Aufwertung Chinas auf der Weltbühne und der Abbau der kräfteverschleissenden Front zwischen Peking und Washington schafft jetzt neue Faktoren, welche die Chance enthalten, das sowjetische Uebergewicht zu kontern.

Nur liegt sie ausgesprochen nicht auf der Linie der bisherigen westlichen Linie, Entspannung durch Gehorsam zu erlangen. Erst wenn der Westen glaubhaft machen kann, dass es zum Arrangement unter sowjetischen Bedingungen auch eine Alternative geben könnte, ist in der heutigen Situation ein Arrangement mit der Sowjetunion unter partnerschaftlichen Bedingungen denkbar. Ob der Westen das glaubhaft machen kann, ist allerdings noch die Frage. Im Moment sieht er noch nicht gar so sehr darnach aus.

Um aber ein Uebergewicht korrigieren zu können, muss man zuerst einmal einsehen, dass das Gleichgewicht abhanden gekommen ist und dass wir in den letzten Jahren keine gleichgestimmte Entwicklung in Ost und West hatten. So stimmt der Trend vom Kalten Krieg weg zur Entspannung hin nur dann, wenn er auf den Westen bezogen wird. Sonst haben wir nämlich eine Periode verschärften Kalten Krieges. Nur eben einseitig von der Sowjetunion gehandhabt, die mittlerweile zur faktisch einzigen Supermacht der Welt geworden ist. Fragt sich nur noch, ob wir unsere historische Einsicht in die immer weiter verlängerte Atmosphäre von Camp Davis nicht doch einmal an der zeitgenössischen Wirklichkeit messen sollten?

Ein kleines Kreuzverhör mit dem Kronzeugen Churchill

Es kommt auf die konkrete Lage an. In Erkenntnis dieses Satzes führt Prof. Salis eine Rede Churchills an, die mir ein ganz gutes Beispiel

Die DEUTSCHEN STUDIEN haben mit ihren Beiträgen zur Klärung der politischen Begriffswelt beider Systeme in Deutschland in ihren nunmehr zehn Jahrgängen einen Leserkreis gewonnen, der nach gründlicher Information verlangt und sich mit dem Gebrauch unüberprüfter Vokabeln nicht zufriedengibt.

Die DEUTSCHEN STUDIEN bringen Aufsätze, Berichte, Dokumentationen, Beiträge zur Kulturkommunikation und Erstübersetzungen aus osteuropäischer Literatur.

deutsche studien

Vierteljahreshefte

Aus den Themen des Jahrgangs 1971:

Das nachliberale Zeitalter: Gesellschaft im Wandel – Emanzipation: ein Begriff und seine Okkupanten – «Öffentliche Meinung» und Gesellschaftsordnung – Die Macht und ihr Widerspruch: Tito und Milovan Djilas – Epitaph auf den Reformkommunismus – Das sowjetische Deutschlandbild – Nationale Dialektik in der DDR am Beispiel der Schönen Literatur – Gibt es eine politische Fachpresse? – Heinrich Mann: ein deutsches Ärgnis – Das Bildungssystem der DDR.

Aus Heft 37 (März 1972):

Abschied von der Nation – Die SED und die Nation – Macht und Geist in der DDR: Der «neue Stil» und seine Tradition – Shakespeare in der DDR – Honecker: Nachfolger oder Liquidator? – Vor fünfzig Jahren: Rapallo – Beiträge zur deutschen Ostpolitik.

Chefredaktion: Dr. Karl Heinz Gehrman, Ost-Akademie, Lüneburg
Preis des Einzelheftes 5,30 DM, Jahresabonnement 18,- DM, Zweijahresabonnement 32,- DM, zuzüglich Zustellgebühr. Probehefte werden kostenlos zugesandt.

OTTO MEISSNERS VERLAG
SCHLOSS BLECKEDE

«Wie lange soll es diesmal dauern?»

In der letzten «Weltwoche» ist ein Beitrag von Jiri Pelikan erschienen, der heute als Exilkommunist in Rom lebt, nachdem er als Leiter des Prager Fernsehens und als Präsident der ausserpolitischen Parlamentskommission zu den profilierten Männern des «Prager Frühlings» gehört hatte. Es ist bezeichnend, dass heute kommunistische Intellektuelle aus dem Osten, wenn sie bloss sagen können was sie denken, dem Westen die unbequemsten Fragen zu stellen haben. Unter anderem schreibt Pelikan:

Vor vier Jahren wetteiferten die Staatsmänner des Westens in scharfen Verdammungen Breschnews wegen der Besetzung der Tschechoslowakei. Heute wetteifern sie darum, sein Gast oder sein Gastgeber zu sein. Dieses Beispiel bestätigt nur die Regel, dass die Geschichte dem Sieger barmherzig, dem Besiegten aber unbarmherzig entgegentritt. (...)

Es ist nur scheinbar ein Widerspruch der Sowjets, wenn sie einerseits eine Einigung mit dem Westen und eine europäische Sicherheitskonferenz wollen, andererseits aber innerhalb ihrer Einflusszone verstärkte Repression ausüben. In Wirklichkeit ist das die eiserne Logik von Breschnews Politik: Eine Einigung mit dem Westen setzt die Vernichtung aller Keime einer möglichen Opposition innerhalb des ganzen Blocks voraus, eine Festigung der Sowjethegemonie.

Deshalb muss die Opposition zerschlagen und in erster Linie von der Weltöffentlichkeit durch eine neue Berliner Mauer des Schweigens isoliert werden. Am stärksten gilt das für das heute schwächste Glied des Ostblocks, die Tschechoslowakei, wo die Opposition am tiefsten im Volk verwurzelt ist.

Die Repressionen in Osteuropa und in der Tschechoslowakei stellen die progressive Weltmeinung, vor allem die politische Linke, vor eine Reihe unbarmherziger Fragen: Ist es möglich — sicherlich mit Recht —, die Freilassung von Angela Davis, der spanischen und griechischen Antifaschisten zu fordern und nicht die gleiche Forderung für die eingekerkerten tschechoslowakischen Patrioten zu erheben? Ist es möglich — sicherlich mit Recht —, den Abzug der US-Truppen aus Südvietsnam, nicht aber den Abzug der So-

wjetruppen aus der Tschechoslowakei zu fordern? Kann man vor Verbrechen die Augen schliessen, nur weil sie in Ländern geschehen, deren Regimes zu Unrecht die Fahne des Sozialismus schwingen? Sollen die Tschechen ein Opfer der Behauptung werden, dass jede gegen die Repression in der Tschechoslowakei erhobene Stimme eine Rückkehr zum Kalten Krieg oder eine Sabotage der Entspannung bedeute?

Was wäre in diesem Fall die vorbereitete Einigung zwischen Ost und West wert? Sollte sie schweigen zu allem, was der Sowjetunion missfällt? Dafür spräche zum Beispiel die auffallende Verlegenheit eines grossen Teils der bundesdeutschen Presse angesichts der Verfolgungskampagne gegen eben jene Leute, die 1968 eine Verständigung mit den westlichen Nachbarn anstrebten und die deshalb später des Verrats bezichtigt wurden. Soll das bedeuten, dass der Westen Ruhe und Prosperität dadurch erkaufen will, dass er die Völker des Ostens im Namen der «Doktrin der beschränkten Souveränität» abschreibt?

Das wäre dann in den Augen der Tschechen und Slowaken ein neues München, eine Wiederholung, zu der es paradoxerweise gerade zu einer Zeit käme, in der vielleicht — mit Recht — auch von westdeutscher Seite das Münchner Diktat von 1938 annulliert wird. Auch damals opfereten die Westmächte die Tschechoslowakei «im Interesse des Friedens».

Damals dauerte es nicht einmal ein Jahr, bis sie mit den katastrophalen Folgen dieser Politik konfrontiert wurden. Wie lange soll es diesmal dauern? (...)

dafür zu geben scheint, wo sich meine Beurteilung von derjenigen des anerkannten Historikers trennt. Er schreibt:

Eine Rede Winston Churchills, die in der Atmosphäre des Kalten Krieges peinlich berührte, ist sogleich der Vergessenheit anheimgegeben worden; der ehemalige Kriegspremier gab den Amerikanern zu bedenken, dass der Begriff des «appeasement» nicht an sich schon eine schlechte Politik bedeute, sondern dass es auf die konkrete Lage ankomme, ob ein Appeasement richtig oder falsch sei: Hitler gegenüber sei die Appeasement-Politik zweifellos falsch gewesen, der Sowjetunion gegenüber sei sie richtig, denn es handle sich um eine ganz andere Situation; man müsse zu friedlichen Lösungen kommen. In einem solchen Fall ist es leichter, einen berühmten Staatsmann zu überhören, als seine Meinung ernsthaft zu diskutieren, bequemer jedenfalls, seinem Ausspruch eine senile Verwirrung zuzuschreiben als zu fragen, aus welchem Grunde er ihn getan hat.

Fragen wir also, aus welchem Grunde er ihn getan hat. Wir erfahren etwas darüber einige Seiten später, wo er wörtlich zitiert wird (ich nehme an, aus der gleichen Rede, sonst eben

sonst). Und wir erfahren auch, zu welchem Zeitpunkt: nämlich am 9. Mai 1956, das heisst ein knappes Vierteljahr nach dem 20. KPdSU-Kongress mit der «Geheimrede» Chruschtschews gegen Stalin. Churchill sagte:

Eine neue Frage ist durch die kürzliche Enthronung Stalins in Russland aufgetaucht. Wenn sie aufrichtig gemeint ist, haben wir es mit einem neuen Russland zu tun, und ich selbst erblicke keinen Grund, warum, wenn dem so ist, das neue Russland sich nicht dem Geiste dieses feierlichen Abkommens (Atlantik-Pakt) anschliessen sollte. Wir müssen einsehen, wie tief und aufrichtig die russischen Befürchtungen wegen der Sicherung ihrer Heimat gegen eine Invasion von aussen sind. In einer wahren Einheit Europas muss Russland seine Rolle erhalten ... Wir würden unüberlegt und tadelnswert handeln, wollten wir versuchen, das Problem der europäischen Einheit, in dem die Wiedervereinigung Deutschlands einen lebenswichtigen Teil bildet, durch einen Gewaltstreik zu lösen. Wir müssen Gewalt mit jedem uns zur Verfügung stehenden Mittel vermeiden. Die einzige Einheit, die der Gewalt entspringen könnte, wäre eine Einheit von Asche und Tod ... Ich wiederhole, dass die-

ses System (Nato) seinem Geiste nach Russland und die (ost-)europäischen Staaten nicht ausschliessen sollte. Es kann sehr wohl sein, dass die grossen Probleme, die uns so viel Sorgen bereiten und zu denen als eines der ernstesten die Wiedervereinigung Deutschlands gehört, alsdann leichter gelöst werden könnten, als wenn feindliche Blöcke einander mit Misstrauen und Feindschaft gegenüberstehen. Dieser Gedanke gehört der Zukunft an.

Gut. Aber wenn wir das jetzt noch einmal lesen, dann müssen wir einsehen, dass Churchills Angebot von einer Bedingung abhängt: Wenn die Enthronung Stalins aufrichtig gemeint ist ... Und das ist es ja gerade. Heute haben wir sie nicht mehr, die Chruschtschewschchina mit ihrer damaligen Zukunftserwartung. Heute haben wir Restalinisierung, Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität, Expansion. Lediglich die Furcht vor einer Invasion von aussen haben wir in der stärksten und strammsten Militärmacht der Welt nicht mehr, dafür die Furcht davor, dass die Entspannung ins eigene Lager übergreifen könnte, wie die Reaktion auf den «Prager Frühling» von 1968 belegte.

Churchill schockierte die Voreingenommenheit seiner westlichen Zeitgenossen, indem er die Veränderung zwischen der Zeit Stalins und Chruschtschews registrierte. Heute müsste es gelten, die Voreingenommenheit der Zeitgenossen zu schockieren, indem man die Veränderungen zwischen der Zeit Chruschtschews und Breschnews registriert. Kann man denn wirklich jener sachbezogenen Rede Beifall klatschen, ohne zu sehen, was eine sachbezogene Rede heute wäre? Salis merkt an die zitierte Stelle an:

Diese auf dem Höhepunkt der Dulles-Adenauer-Aera gehaltene Rede verursachte eine Verlegenheit, die nur wegen des unvergleichlichen Ansehens der historischen Persönlichkeit, die sie hielt, nicht zu Feinlichkeiten Anlass gab. Inzwischen hat die von Churchill aufgerufene Zukunft längst begonnen ...

... Und längst wieder aufgehört. Heute haben wir als Dank für die emsigen westlichen Entspannungsbemühungen auf der sowjetischen Seite wieder Blockbildung und Feindbild, nur mit sehr viel mehr Macht dahinter als je zuvor, gegenüber sehr viel mehr Ohnmacht als je zuvor auf der Gegenseite. Und deshalb hat unser Appeasement denn auch (1956 ist ja ziemlich gründlich vorbei) immer mehr die Qualität von München.

Wie war das schon?

... Der ehemalige Kriegspremier gab den Amerikanern zu bedenken, dass der Begriff «appeasement» nicht an sich schon eine schlechte Politik bedeute, sondern dass es auf die konkrete Lage ankomme, ob ein Appeasement richtig oder falsch sei ...

Und hier kann ich zum versöhnlichen Schluss von fast, fast wörtlicher Uebereinstimmung kommen,

... dass der Begriff «appeasement» nicht an sich schon eine gute Politik bedeute, sondern dass es auf die konkrete Lage ankomme, ob ein Appeasement richtig oder falsch sei.

Der ganz kleine Unterschied berührt die inhaltliche Aussage überhaupt nicht; er nimmt lediglich einen andern Bezugspunkt auf die Voreingenommenheit der Zeit. ■